

Erstkapitel des Reichstages
 nachfolgend ist die Zusammenfassung der Verhandlungen...

Vertragsgesetz
 am 20. März 1914...

Die neue Waise
 (Gesetz über die Waisen, vom 20. März 1914)

Schriftleitung:
 Herr 40/44, Leipzigerstr. 808
 Geschäfts- u. Verlagsstelle von 9 bis 12 Uhr mittags.



Anzeigengebühr
 beträgt für die Kapitalisten... 20 Pf. für auswärts...

Anzeigen
 für die Allg. Nummer... 10 Pf. für die erste Zeile...

Hauptgeschäftsstelle:
 Herr 40/44, Leipzigerstr. 808
 Geschäfts- u. Verlagsstelle von 9 bis 12 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Pelitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Herren Bourgeois.

Der regelmäßig alljährlich in Berlin zusammen tretende Deutsche Handelstag ist eine Vertretung der industriellen und handelsbetreibenden Bourgeoisie. Für diese Klasse gilt heute noch die Charakteristik, die Karl Marx im Kommunistischen Manifest von ihr gegeben hat. Es kommt hinzu, daß nach dem historischen Gesetz die Entwicklung, die sie genommen hat, nicht stillstehen kann. Die kapitalistische Epoche, die eine notwendige Vorstufe der sozialistischen Gesellschaft ist, nähert sich ihrem Höhepunkt. Die Reichtümer und die Macht, welche während dieses Ganges der Dinge der Bourgeoisie zu gefallen, haben deren Vorgehensweise nur vermehrt. In den Jahren vor dem Eintritt der gegenwärtigen wirtschaftlichen Kolossalität hat sie geradezu außerordentliche Gewinne erzielend und hat zugleich außerordentliche Maßnahmen zum Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen getroffen, welche den Zweck verfolgten, den Arbeitern einen größeren Anteil am Ertrag ihrer Arbeit zu erkämpfen. Wo die Löhne der Arbeiter gestiegen sind, wies sie dies als Unrecht gemacht durch die Lebensmittelerhöhung, wies sie dies als Unrecht gesunken, und nunmehr ist infolge von Ueberproduktion und Absatzstörung eine Periode eingetreten, in der die Arbeitslosigkeit, die schlimmste Geißel für den Proletariat, sich immer stärker fühlbar macht. Der Bourgeoisie fällt es gar nicht ein, an eine auch nur beschränkte Erleichterung des Loses der Arbeiter zu denken, die ihnen doch mit ihrer Arbeit des Gehalts und der Hände ihrer ungeheuren Reichtümer geschaffen; sie denkt nur daran, wie auch in dieser Periode der Geschäftsführung ihr Gewinn weiter zu vermehren ist. Von den hartgefolgten und gierigen Kapitalisten des Handels und der Industrie war auch nicht anders zu erwarten.

Wir haben schon des Oeffnen bargeht, wie eine Skizze von Großkapitalisten, die zugleich die Träger des Imperialismus ist, die Zeit herannahen sieht, in der sie ihre Herrschaft in Staat und Gesellschaft in aller Form auch ökonomisch konsolidieren kann. Doch will sie nicht so weit, aber die kapitalistischen Dualitäten drängen sie nicht dahin, und damit hängt es zusammen, daß man auch bei den Deutschen Handelstagen etwas hat, mehr politische Macht für Großkapital und Großhandel zu fordern. Es wurde lebhafteste Bekundung erhoben, daß diese Schichten im Reichstagen nicht genügend vertreten seien. Wir haben schon öfter ausgeführt, daß dies nicht zutrifft; zuerst sitzen eine Anzahl Großindustrieller und Großhändler im Reichstagen; es haben immer solche Brünnen gegeben, und in einer Rede, die auf Grund des allgemeinen Wahrscheinlich gebildet ist, kann ein Zahl so verhältnismäßig kleiner Punkte, wie ihn diese Herren bilden, auch von bürgerlichen Gesellschaften als betrachtet, eine größere Vertretung gar nicht verlangen. Aber diese Privilegierten des Gebalts leiden so wenig an Verleumdungen, wie etwa die feudalen Junker. Sie wollen als Sachverständige mit beratender Stimme an den Kommissionsberatungen teilnehmen können; daß schon Abgeordnete aus Großhandel und Großindustrie in den Kommissionen des Reichstages vorhanden sind, genügt ihnen nicht. Wohin das führen würde, dafür hat die Kommissionen ein abschreckendes Beispiel geliefert.

Daß diese Bourgeoisiekreise so dreist auftreten, hat seinen Grund. Bekannt ist, daß sie den bürgerlichen Parteien, namentlich den Nationalliberalen, starke Zuschüsse zu den Wahlen übermitteln. Wiederholt schon ist den Nationalliberalen mit der Entscheidung dieser Zuschüsse abgedroht worden, weil sie sich nicht genügend der Interessen von Großindustrie und Großhandel angenommen hätten. Dieksmal ist diese Drohung ganz besonders förmlich ausgesprochen worden. Es wurde dem Reichstagen vorgeworfen, er habe die Bedürfnisse von Handel und Industrie bei vielen Gelegenheiten vollständig unberücksichtigt gelassen; deshalb herrsche eine starke Verwirrung in den Kreisen der Unternehmer und eine Abkehr von allen bürgerlichen Parteien sei zu erwarten. Diese Drohung läßt, wie man sagt, tief blicken und wird ihre Wirkung an gewissen Stellen sicherlich nicht verhehlen. Der „loyale“ Reichstagspräsident Raemler, der auch dem Handelstag vorlag und diesen zu einer Kundgebung für den loeblichen neugeborenen Erzbischofen von Braunschwieg bestimmt hatte — der diesen Gebalts-Präsidenten bezüglich gleichgültig sein mag — erlosch einen ganz schwächlichen Widerpruch.

Interessant war, wie sich die Regierung zu den mit großer Entschiedenheit geltend gemachten Forderungen der sich zur Weltberühmtheit bewähren düntenden Großkapitalen und Großindustriellen stellte. Sie verhielt sich gegenüber dieser unmaßnahamen „Oberdrück“ genau so demütig und unterwürdig, wie gegenüber den Junkern. Der vereidigte Minister Endow, der die Regierung auf dem Handelstagen vertrat, machte den Herren Bourgeois des Kommissions, daß ihr Handel und ihre Industrie so viel zu den Kosten der Nationen beitragen, und erinnerte speziell an den Weltbeitrag. Das ist zum ersten mal seit der Zerkaltung, daß erst im fünften Jahrzehnt des Bestandes des Reiches der Besitz einmal über die diesen Kosten herangezogen werden ist, und angeführt der auf den „Generalparolen“ folgenden Entschlüsse über die immanenten, bisher der Verteuerung entzogenen Kapitalformen. Aber Herr Endow wollte damit die berechtigenden Bourgeoisie gnädig stimmen. Dann unternahm er es, die berechtigenden Herren schickern an ihre Reichstags zu erinnern, womit er, den Verhältnissen entsprechend, viel mochte. Er rechnete ihnen ihren wirtschaftlichen Nutzen vor; er erinnerte an die Erfolge, die Deutschlands Handel und Industrie auf dem Weltmarkt gegen die konkurrierenden Staaten erlangen, die ihm vorher so sehr überlegen gewesen, und er stellte den Satz auf, daß Deutschland auf dem Wege sei, ein Weltmächtigkeits zu werden, denn es sei nach Verdrängung des Jalandbedarfs noch in der Lage, Antelien an das Ausland abzugeben und in seine Schuldner an goldener Kette zu halten.

Diese „aus der Schule geplauderte“ Reinsprechung der wirtschaftlichen Lage wird manchem zu denken geben. Hier ist natürlich absichtlich Deutschland mit den „oberen Reichtümern“ verwechselt. Während die deutschen Arbeiter infolge zu hoher Lebensmittelpreise und zu niedriger Löhne von Unterernährung heimgesucht und während sie von Arbeitslosigkeit geplagt werden, während man ihnen eine Verhinderung gegen Arbeitslosigkeit verweigert und während man ihre Vermehrungen, höhere Löhne zu erzielen, mit organisierten Strafverhören und schweren Strafen leshänft, erklärt zugleich die Arbeiterwelt aus dem Munde eines Mitgliedes der preussischen Regierung, daß die „oberen Reichtümer“ sich dem Ausland gegenüber als „Günstigerstaat“ aufstellen können, daß sie von den Arbeitern geschickten Werte sind so überreichlich, daß sie zum guten Teil einströmen in Auslande angelegt werden können, und zwar in Form von Anleihen. Die Ausgaben für den Staat aber werden zum weitaus größten Teil nach wie vor den Proletariaten und kleinen Leuten, deren Forderungen durchweg so brüst abgesehen werden, in Form von Aufzügen auf Lebensmitteln usw. aufgewandt.

Der Minister meinte dann, wenn die vom Handelstag erhobenen Forderungen bezüglich der Sachverständigen in den Reichstagskommissionen usw. durchgeführt werden sollten, so wäre damit „nichts getan“. Handel und Industrie sollten sich, riet er, zu einem Gange, wie die Landwirtschaf, zusammenschließen, um ihre Interessen ebenbürtig zu fördern.

Uns wundern wir, daß er so viel zu sagen gewagt hat. Für uns braucht es nicht erst des Beweises, daß Bourgeoisie und Junker mit ihren Unzulänglichkeiten die herrschenden Mächte im Klassenstaat sind. Aber es ist interessant, zu sehen, wie weit die Regierung diesen Elementen gegenüber überholt noch magt, eine eigene Meinung zu haben. Wie man aus der Rede des Herrn Endow sieht, kann von einer solchen gar nicht mehr die Rede sein. Er hat, da der Bourgeoisie empfohlen, in die Zustapfen der Agrarier zu treten. Um so eifriger ist die Regierung, wie wir aus dem Munde ihres Chef Beamten Holmweg unlängst wieder vernommen, wenn es gilt, den Kampf gegen die Klassenbedürfnisse Arbeiter zu führen.

Darüber kann man sich dort aber keinen Illusionen mehr hingeben: die Arbeiter wissen längst, wie sie mit dieser Regierung daran sind.

120 000.

Die Korrespondenz Sta m p f e r schreibt der Parteipresse: Die Feststellung des Parteivorstandes, daß es Ergebnis der roten Woche rund 120 000 W a u a n n h a n g e n in die sozialdemokratischen Wahlvereine und rund 70 000 Wahlzettel an der sozialdemokratischen Parteipresse zu buchen sind, hat der bürgerlichen Presse vollends den Atem verschlagen. Ein Teil der Berliner Abendblätter nimmt von dieser Nachricht überhaupt nicht Notiz. Ein anderer Teil begnügt sich damit, sie an möglichst unaufrichtiger Stelle widerzugeben. Und nur ein einziges Blatt, die Tägliche Rundschau, die sich kürzlich rühmte, als das gelehrte Berliner nationale Zeitung eine Auflage von 60 000 Exemplaren zu besitzen, wüßte dem Erfolg der roten Woche eine längere Bekräftigung, die gleichzeitig gewissermaßen als Kommentar für die Schwelgerei der andern dienen kann.

Die ganze bürgerliche Presse hatte nämlich in der letzten Zeit sich und ihre Leser in der schönen Glauben hineingeredet, daß die sozialdemokratische Partei in unaufrichtigerem Ausmaß begriffen sei. Die Zuhörung in diesem seltsamen Aufschreibeweise hatten die Offiziellen übernommen, die ihren Auftragsgeber von der Regierung den angeblenden Mißgana der sozialdemokratischen Partei als einen Erfolg ihrer ausgezeichneten Politik beizubringen. Die Ergebnisse der roten Woche stehen aber diesem Schwindel in so kräftiger Widerzuege, daß sich nur noch der Ausweg bleibt, sie entgegen jeder Wahrscheinlichkeit und dem hoffnungslosen Versuch zu machen, sie aus der Welt zu legen. Die Mehrzahl der bürgerlichen Wähler ist hin genug, den ersten Weg zu wählen, die sie dem Fluß der Wahrheit, dem die Tägliche Rundschau verfallt, indem sie sich auch jetzt noch hartnäckig an die Mißganaflamme flammert und gegen sprechende Zahlen mit leeren Schwabereien einen ganz hoffnungslosen Krieg führt. Das meist gelehrte nationale Blatt Berlins schreibt:

„In und für sich wäre ja das Gesamtergebnis aus 261 Wahlkreisen, das der Verdrüss an einem Gewinn von 116 569 neuen Wählern für die Sozialdemokratie und 68 157 neuen Abnahmen auf eine freilich völlig unkontrollierbare Weise herausrechnet, ganz nett; dann nämlich, wenn es als Zuwachs im normalen Verlauf der Dinge gebucht werden dürfte. Da sind aber verschiedene Bemerkungen und Äußerungen, daß diese Zahlen einmigermaßen aufpassen? Dies jedoch nicht zu vernachlässigen, was die Wahlverhältnisse der roten Woche hinter den andauernden schweren Verlusten der eigenen Leuten jetzt zurück bleibt? Endlich, wieviel von den unter dem Hochdruck der roten Woche-Gedächtnis geprüften Wählern und Abnahmen werden länger können bleiben als bis zu dem Augenblick, wo sie abgeben, unmerklich dem dem Spieltheater der Organisationen wieder entschlippen zu können?“

Wenn es erlaubt ist, Fragen mit einer Frage zu beantworten: welche Rede würde die Tägliche Rundschau wohl anstimmen, wenn es dem ihr nabeliebenden Alldeutschen Verband gelingen würde, in einer Weltwoche auch nur ein Zehntel dessen an neuen Wählern zu gewinnen, was die Sozialdemokratie in ihrer roten Woche gewonnen hat. Und wieviel würde bei diesen Beiträgen die Vermutung wohl hegen, daß der Wunsch, eine Bestimmung zu markieren für sie entscheidend gewesen sei als aufrechte Heberzeugung. Wenn von mehr als drei Millionen deutscher Wähler, die unter freierger Führung des Wahlgesetzes für die Sozialdemokratie stimmten, ohne

politisch organisiert zu sein, 120 000 ihren Beitritt zu den sozialdemokratischen Wahlvereinen vollzogen, so gehört doch wirklich die allgegenwärtigste Schlagwortfreudigkeit dazu, zu behaupten, diese Verungewöhnungen seien „gerneht“ worden und hätten von vornherein an gar nicht anders als an die Möglichkeit eines gewaltigen Wertschwundes.

Es gibt keine Organisation, die über ihren Mitgliederstand sorgfältiger und gewissenhafter Buch führt als die Sozialdemokratie. Sie ist die einzige, die über ihre Mitgliederberechnung, ihren Abnommenstand, ihre Finanzen, alljährlich auf ihren Parteitag öffentlich Rechenschaft ablegt. Selbst der kleinste Bund der Landwirte zieht es vor, in den Berichten an seine Generalversammlungen jede Zahlenangabe über seinen Mitgliederzuwachs, resp. über seine Mitgliederabnahme vorzüglich zu verhehlen. Ähnlich handeln die andern politischen oder wirtschaftsrechtlichen Organisationen. Ein Statistiker, der sich bei der Erfassung der Zahl der Parteien zahlenmäßig herzustellen, würde im Vorstandsbureau der sozialdemokratischen Partei das zuverlässigste, Jahrzehnte zurückliegende Material finden, an fast allen andern Stellen würde er mit höchstem Aufwände hinauskomplimentiert werden. Man wagt es dort eben nicht, die eigene Schwäche zu vertragen.

Die Kraft der sozialdemokratischen Partei manifestiert sich nach außen durch die Zahl ihrer Reichstagswähler. Nach innen aber ist die Organisationen ihren Mitgliedern über den Stand der Bewegung klare Rechenschaft schuldig. Mit Papierkolben zu überwiegen, wie das anderwärts geschieht, läßt gar keinen Sinn; denn letzte man es darauf an, mit Zahlen zu prunken, so isterte die amtliche Zählung der Wahlstimmen dazu doch ganz andere Möglichkeiten!

Die sozialdemokratische Organisation ist auf die Aktion gestellt. Sie bildet eine große mit friedlichen Waffen kämpfende Armee, und als solche stellt sie — das darf ohne Ueberbahrung gesagt werden — eine imponierendere Erscheinung dar, deren Gleichheit der Geschichte nicht kennt. Am Kampfe gegen eine Welt von Feinden, dem härtesten Druck der feindlichen Organe trotzend, hat sich diese Armee von Freiwilligen gebildet, und durch die Bekräftigung, die sie in der letzten Zeit erfahren hat, hat sie vor aller Welt ein höchst ehrenvolles Zeugnis freier Kraft des Proletariats abgelegt. Was sie in ihrer roten Woche geleistet hat — welche andere Organisation könnte ihr das noch nachmachen? Wie manche Partei, die im Reichstagen eine engherzige Fraktion stellt, wäre überglücklich, wenn sie in jahrelanger Arbeit sozial sichere Mitglieder erworben hätte, wie die Sozialdemokratie in dieser einen einzigen Woche zu ihrem alten Bestande hinzugekommen hat!

Die Sozialdemokratie müßt aber das Maß ihrer Kraft nicht an andern Parteigegeben, sondern letzten Endes an der ungeheuren Aufgabe, deren Lösung ihr bevorsteht. Und aus diesem Gesichtspunkt heraus hat sie allerdings noch nie Ursache gehabt, mit ihren Erfolgen selbst zufrieden zu sein. Ihre Gegner scheinen aber den Höhepunkt ihrer Verlegenheit jetzt schon erreicht zu haben. Sie wagen es nicht mehr, sich selber die Wahrheit einzugestehen, um nicht den Mut zu verlieren!

Politische Ueberflucht.

Halle (Saale), 24. März 1914.

Die Militärübergriffe vor dem Reichstage.

Reichstagsbrief. C. B. In rascher Folge erledigte der Reichstag am Montag eine ganze Reihe kleiner Vorlagen und bewilligte dann das Etatsnotgesetz, das bei der Verzögerung in der Beratung des ordentlichen Etats notwendig geworden ist. Bei der zweiten Lesung des Reichstagsrats für 1914 wurde die Frage des Bekannten Grundrunds in der Wirtschaftsprüfung zu Berlin behandelt, die schon im vorigen Jahr viel erörtert worden ist. Es handelt sich um den Erwerb eines Grundrunds für Zwecke des Militärabkommens, ein ganz eigenartiges Geschäft, bei dem die Militärverwaltung außerordentlich selbständig vorgegangen war. In der Subkommission hatte die Regierung keine Zweifel darüber gelassen, daß das Vorhaben nicht fortgesetzt werden sollte. Selbstverständlich war aber an der Sache selbst nicht mehr viel zu ändern. Die Kommission beantragte deshalb, daß die Zweckbestimmung des Grundrunds späterer Veräußerung vorbehalten werden soll, und verlangte ferner, daß die Frage des Regierungsvertrages des Reiches einer näheren Prüfung zu unterziehen ist. Des weiteren sollen in Zukunft Grundrundskaufgeschäfte eintatsächlich die Befragung von Aufgeklärten erfahren, und endlich wird vom Reichstanzler die beschleunigte Vorlegung eines Reichswirtschaftsgesetzes gefordert. Genosse Stüden gab eine ausführliche Erklärung der Vorgehens, wie sie sich abgepielt haben, und bei denen sich die absolut unzulässige Selbstherrlichkeit der Militärverwaltung gezeigt hat. Er ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier um eine höchst unangenehme Sachlage handelte, der gegenüber der Reichstag ein sehr energisches Wort sprechen müßte. Auch die Redner der anderen Fraktion waren genötigt, das Verfahren zu kritisieren, und der Subkommission ebenso wie der Kriegskommission plädierten nur auf mildere Umstände. Genosse Lieberow gab demgegenüber die unbedingte Notwendigkeit hervor, mit aller Schärfe die Wiederkehr solch peinlicher Vergehungen zu vermeiden.

Nach Annahme der Kommissionsanträge wurde der Etat des Reichstagsamtes in zweier Lesung erledigt. Genosse Stille benutzte die Gelegenheit, um das System der Einfuhrzölle einer energischen Kritik zu unterwerfen. Am Schluß der Sitzung gab es noch eine Debatte über die Veteranenleistungen, bei der Genosse Lieberow die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion kurz darlegte. Entsprechend der immer eigenennemen Haltung will die

Wochen. Bei der am 21. d. Mts. stattgefundenen Gemeinbe...

Verfahren. Gemeinbeversammlung. Erster Punkt der Tages...

Verfahrensantrag. Bei der am 20. März, abends 8 Uhr, statt...

Einige Stunden vor der Wahl wurden durch Ermahnungen...

Allerlei.

In der Irrenanstalt eingesperrt.

Einen ungläubigen Hofeizstahl hat sich in der Irrenanstalt...

Kittensandal in Grotte.

Ein Kittensandal, der eine der bekanntesten tierärztlichen...

Furchtlose Strafe für einen Negler.

Wie aus Los Angeles gemeldet wird, ist von dem obersten...

Verantwortlich für die letzten, politischen Verbrechen...

Wenn Mutter- oder Ammenmilch in nicht genügender Menge...

bereits an der Arbeit sind, um Streikbrecher anzuwerben...

Wit Witkauf!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands...

Die Offener Hallsgeleit brachte am Freitag folgendes...

In jeniger Zeit 200 Damer usw. auf sofort gesucht, ohne...

Auf der Grube Dollenbach im Saarrevier haben die Berg...

Wie der Offener Arbeiterzeitung mitgeteilt wird, haben die...

Streik an der Köhler Hütte. Am Montag vormittag sind die...

Schwarzarbeiter in Hulsfabrik. In der Goldbleibenfabrik...

Soziales.

Verwendbares Ergebnis der Betriebskrankenkassenwahl der Stadt Berlin.

Das Ergebnis der interessanten Wahl liegt nun vor. Es er...

Ans der Provinz.

Ellenburg. Vom Verkehrsverein. Das Verkehrsverein...

Wiskotten. Zur Gemeinderatswahl. Am kommenden...

Teutenthal. Gemeindevorstand. Am Mittwoch, den 25. März...

In Ober-Teutenthal findet die Gemeinderatswahl am...

Satterhausen. Unangeführte Sicherheit. Am Sonntag...

auf völlige Sonntagstube ohne mit Rücksicht auf die wirtsch...

Diese Nechtagsarbeiten haben in den Kreisen der launmänn...

So schrieb die Merkuria, das Organ des dem Zentrum nahe...

„In dem reichlich aufwandsreichen Verbruk, der im ganzen...

„Gegenüber der aus dieser Bestimmung folgenden Verabreichung...

„Auch die Blätter der liberalen Linken Harmonie er...

„Zur Bekämpfung dieser für die Bestimmung, daß außer den...

„In eingehender Weise machen sich die Herren Bender und...

„Es war lediglich die Sozialdemokratie, welche in ziemlich...

„Aus der Stellungnahme aller dieser bürgerlichen Verbände...

Zum Streik auf der Grube Sollenbach.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erläßt folgenden...

Vertical text on the far left edge of the page, partially cut off.

Allgem. Konsum-Verein Halle u. Umg.

a. G. m. b. H.

a. G. m. b. H.

Freitag den 27. März cr. abends 7/8 Uhr. im Volkspark, Burgstraße 27:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:** 7865
1. Halbjahrsbericht.
 2. Die neuzzeitliche Entwicklung der deutschen Konsumvereine und deren weiteres organisatorisches Ausbauen.

Der Aufsichtsrat: Wendorf. Hoffmann.

Verband der Hausangestellten.

Mittwoch, 25. März 1914, abends 7/8 Uhr im „Volkspark“, Burgstraße 27:

Große

öffentl. Dienstboten-Versammlung.

Thema: 7994

Müssen sich die Hausangestellten zusammenschließen?
Referentin: Frau Luise Kähler, Berlin.

15% Brotfabrik Karl Müller 15%

empfehlen ihr vorzügliches helles sowie dunkles Brot. Filialen: Gr. Brunnenstr. 85 und Oleariasstr. 4 (am Hauptmarkt). In Kröllwitz ist das Brot b. Herrn Dommer, Talstr. 33, zu haben.

Die Sabattkarten können zu jeder Zeit im Haupt-Geschäft, Friedländerstr. 32, eingelöst werden.

15%

Billige Keks-Tage!

Woldemar Schmidt

Gr. Steinstr. 53 *3899
Könners und Ammendorfs.
Günstiger Einkauf für Schultüten.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

TAG-Zigaretten!

2—7 Pfg.

Trustfrei! *31-

Bestattungs-Anmeldebureau

Brüderstrasse 14.

Inh. **Adolf Brauer.**

Telephon 5032. 7995

Vereins-Anzeiger.

Die Veröffentlichung nachstehender Veranstaltungen erfolgt mündlich. Schreibzettel 6 Uhr. pro Seite.

Halle (Saale).
Arbeiter-Sängerchor.
Mittwoch, 4. u. 11. Ull. 6. Streicher. Freitag, 7. u. 14. Ull. Tendr. l. Volksp. Feb. Samariter. Jed. Mittwoch in der Goltz-Reite: Übungsstunde.

Arbeiter-Ladefahr-Bund „Solidarität“
Sonntag d. 29. März: Ausfahrt nach Oeszdorf. 1 Uhr Abfahrt u. Streicher. Am 27. 3. abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal Zu den 3 Königen: Verammlung.

Bockwitz.
Feb.-Rabf. Feb. 1. Donnerstag l. 1. Ull., ab. 8 1/2 Uhr, b. Ledwig: Ver.

Eisleben.
Gel. Ver. Hoffmanns. Sonntag, abds. 7 Uhr, b. Pfeil: Veramm.

Hottstadt.
Arb.-Gesangver. Freier Sängerver. Jeden Sonnabend: Singstunde.

Jedermann freut sich über seine von mir gekaufte Dankbude. Wer liebt seinen Bier in ein. Ich verweig. anrech. Qualität. Dankbuden 1 Jahr Gar. 4.50 Ull. Aufschlände 1. „ 1.50 Ull. Dankbuden ohne „ 1.50 Ull. Aufschlände „ 1.50 Ull. **Otto Sparrmann, war Gr. Steinstr. 47, neben dem Bahnh. *3171**



AFFENHAUT

EIN NEUER FRÜHJAHRSHUT
SENSATIONELL BILLIG
MK 3 45

ENGLISH CLUB

7813 Grosse Ulrichstrasse 58. Leipzigstrasse 61.

Moderne Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Preislage

Kulante Bedingungen

• Möbel-Fabrik •
• Th. Pollak •
• Gr. Ulrichstr. 3 •

Gegründet im Jahre 1881

Bitte probieren Sie Nr. 60

Fabrikanten einer 10-Zigarro
10 Stück 70 Pfg.

Anprechendes Format.
Weisser Brand.
Feines Aroma. F.

Joh. Sanow
Nachf., N. Spengler
Geiststrasse 5.
Gegr. 1887. *****

Die Hausfrau zur Freundin spricht: Keine Wäsche hält jetzt nicht. Ich kann es nicht begreifen. Verwendest Du wohl scharfe Seifen? Bei meiner Wäsche gib's das mit, ich wasche nur mit **Hydrumith**. Man hat viel dabei gesparrt. Denn **Hydrumith** ist mild u. hart. — Überall erhältlich! —

Michel-Brikets

anerkannt beste Marke.

Jahresproduktion 1914-1915 125 000 DW.

Zu haben beim **Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor**
Horsburgstrasse, Ecke Schmiedstr. — Tel. 5959 —
u. **Allgemeinen Konsumverein** und dessen Filialen.

Frauen

erhalten b. Kr. Störung, Brustschmerz, Weiblich, alle anerkannten Präparate, sanitäre Artikel, Spülapparate billigt von der Genier Ba.

Dr. Conrad Scheidig,
Salle a. d. S., Gräfesg. 3a, st. l. Frau Böhmert, Altkaport. 2624
Stachnammerland, [2624]
Ab 1. April: Mittelstr. 7, l. E. l.

Saatkartoffeln!

Frühe Sorten: Richters ovale blau, Odeav. blaue Juli-Nieren, Perle v. Erfurt, Kaiser-Krone, Mai-König, frühe Rosen, Campals frühe, Zwicker frühe und verschiedene andere Sorten, alle vom Sandboden; *3628

Später Sorten: Magnum bonum, Up do date, Industrie, Weikendorfer, Prof. Märker, Silesia, Wohlmann, Weltwunder

H. Speisekartoffeln
und unsortierte offeriert preiswert im en gros und detail

Wilhelm Bornack, — Telefon 4449. —

Goldsachen

werden billigt repariert von **R. Voss, Geiststr. 46.**

Elegante Goldschmiede-Werkstätte.
Elektr. Betrieb. Vergolden und 7705 Verfilbern.
— **kaufe altes Gold.** —

Makulatur

zu haben in der **Gesellschafts-Buchdruckerei.**

bleiben **Geschäftshaus** 8008

Trauerfalles halber unsere Geschäftsräume und Büros

Donnerstag, 26. März, von nachmittags 2 Uhr ab.

J. Lewin

Halle (Saale), Marktplatz 2 u. 3.

Hr. Bruchhoff (D.) führt Beschwerde, daß zur Gedächtnis der Beichte der politischen Meinung der Nachgebenden nachgelebt werde.

Reichsbaubetriebsrat Kühn: Ein solches Verbot ist gesetzlich nicht zulässig.

Hr. Dr. Eidelmann (Soz.):

Bei der Zuerkennung der Veteranenbeihilfe spielen politische Momente entgegen dem Gesetz immer noch eine Rolle. Auch sonst kommen in einem und demselben Ort erhebliche Ungleichheiten vor. (Zehr wohnt bei den Sozialdemokraten.) Nicht einmal der Qualifikation des Gelehrten wird eingeleitet; von einer weitgehenden Ausdehnung kann erst recht nicht die Rede sein. Die Resolution der Kommission wird hierüber eine einstimmige Annahme finden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Hrn. Baumann (Ztr.), Webers (Wirtsch. Vgl.), Dr. Brendt (Rp.) schließt die Debatte, die Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen.

Der Etat wird bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 2 Uhr. (Anfragen, Rechnungen, Etat für Altschule.)

Schluß: 7 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 21. März 1914.

Genossen, auf in die Distriktsversammlungen!

Nachdem die Einberufungen des Hallischen Stadtparlamentes mit ihrem Kampf um den sozialen Fortschritt, den die sozialdemokratische Fraktion nachdrücklich führt, und dem Streit um die Steuererleichterung erledigt sind, glaubt der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereines die Zeit gekommen, in der im Kreise der Genossen wieder einmal eingehender über die Kommunalpolitik, ihre Ergebnisse und Aussichten verhandelt werden muß.

Auf Donnerstag, den 26. März, sind

sechs kombinierte Distriktsversammlungen:

einberufen worden nach folgenden Adressen:

für die Distrikte 1, 2, 13, 14 und 15 bei Kaufsch, Wirtensberg;

für die Distrikte 3, 4, 5, 6, 7 und 7a in den Glauchaer Wallfelsen, Leichenhofsstraße 11;

für die Distrikte 8, 9, 10 und 11 im Repten Dreier, Werkzeugschule 32;

für die Distrikte 12, 16, 17, 18 und 18a im Volkspark, Burgstraße 27;

für den Distrikt 19 bei Bernitzsch, Gohlstraße;

für den Distrikt 20 im Lindenhof, Gohlstraße.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet ein Referat von Mitgliedern der Stadtverordnetenfraktion über ihre Tätigkeit auf dem sozialen Markte. Dazu wird mündlich gefragt und besprochen werden, was selbst in den anschließenden Berichten und Stimmungsbildern nicht zum Ausdruck gelangt ist. Und auch die Gelegenheit zur Ausdrucksweise dürfte willkommen erscheinen, so daß wohl auf einen recht zahlreichen Besuch der Versammlungen gerechnet werden kann.

Noch ein wichtiger Punkt sozialistischen Charakters ist zu erledigen. Es soll über das Thema: Die Ergebnisse der roten Woche und was nun? nachgedacht werden. Als Referenten hierfür sind mehrere Versammlungsglieder bestimmt worden. Auch dieser Gegenstand erfordert ebenso wie der erste Punkt der Tagesordnung einen Massenbesuch der Versammlungen.

Aus dem Hallischen Stadiparlament.

Während der Einberufung scheint der Bescheid unserer Stadtväter einwilligen erschiedig gewesen zu sein. Man kann das mitteilen aus der angenehmen Tatsache, daß die Dauer der Verhandlungen am gestrigen Montag in angenehmem Verhältnis hand zur Länge der Tagesordnung. Neunundzwanzig Punkte umfaßte allein die öffentliche Sitzung; doch währte es keine anderthalb Stunden, da nur des Beschlusses bedürftig erledigt. Freilich waren es allein acht Stunden von nur sekundärer Bedeutung.

Während der Einberufung und Verabredung der neunundzwanzig Stadtväter: erzielte Prof. Viermann und Kappel begann die Sitzung freierlich, aber bald ging es zu nächsten, geschäftsmäßig zu wie nie in diesem Jahre.

Die Hauptgesprächsstunde bildet eine Unterredung von 500 Mark. Der Berichterstatter Stadtv. Höp teilte mit, daß die 500 Mark zur Beihilfe für ein Preisaus schreiben dienen sollen. Das Preisaus schreiben hat die Aufgabe, den Einfluß der Kantischen Philosophie auf die Männer der preußischen Erziehung zu untersuchen. Genosse Hennig erklärt: Wir Sozialdemokraten stimmen dagegen, weil wir kein Recht haben, staatliche Gelder für Zwecke zu bewilligen, die keinerlei Beziehung zu Gemeinden und zur Stadt Halle haben. Der Magistrat habe von „Dungereit“ gesprochen und die Stadtväter haben erst jetzt wieder so wichtige soziale Notwendigkeiten, wie die Herabsetzung der Krankeustransportgebühren usw. abgelehnt, wo es sich nur um Hunderte oder wenige Tausend Mark handelt — dadurch ist das Recht verletzt, jetzt schon wieder Gelder hinzuzusetzen für Zwecke, die mit kommunaler Priorität in keinem Zusammenhang stehen. Zweiter Vorkämpfer Höp: Es gibt Ehrenpflichten für uns; dies ist eine solche. — Stadtv. Prof. Höp: Es wundert mich, daß die Sozialdemokratie die Bedeutung Kanis nicht anerkennen will, der doch den Grundlag ausstellte: das Gute um das Guten willen zu tun. — Genosse Hennig: Ich habe mit keiner Silbe die Bedeutung Kanis verneint, sondern nur grundsätzlich dargelegt, daß wir als Gemeinde keine Veranlassung und kein Recht haben, Gelder für Zwecke zu bewilligen, die uns völlig fern liegen. Solche Preisaus schreiben mögen Anlaglichkeiten der Gesellschaften, Vereine oder einzelner des Staates sein, aber unsere „Ehrenpflicht“ ist vielmehr, für soziale Reformen in der Gemeinde zu sorgen. Vermitteln Sie solche Unterredungen, dann müssen Sie auch z. B. dem Monarchen helfen, falls er ein Preisaus schreiben zur Erlangung von Arbeiten erteilt, die den Einfluß der dachdeckenden Naturphilosophie auf die Gesellschaft der Gegenwart darlegen sollte. Obgleich solche Arbeiten viel nützlicher wären, möchten wir uns auch grundsätzlich dagegen erklären, weil sie mit Gemeindepolitik und Gemeindeförderung, die viel notwendiger sind, nichts zu tun haben. — Die 500 Mark für das Preisaus schreiben der Kantphilosophie werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Der Vorschlag zum Neubau der Schwimm- und Badeanstalt wurde endgültig festgesetzt auf 973 000 Mark. Der Referent, Herr Boede, ist der Ansicht, daß der Anschlag auch jetzt noch die größtmögliche Größe hat, mit der man bei der Aufstellung gerüstet zu haben scheint. Nach

seinem Darfhalten entsprechen auch jetzt noch immer einzelne Punkte nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Viel zu hoch ist die Position insgesamt mit 4 Prozent und 38 000 Mark, wenn man bedenkt, daß die früheren Arbeiten bereits sämtlich zu festen Preisen vergeben worden wären. Trotz dieser Verminderung bewilligte man den „endgültigen“ Kostenausschlag. Glaubt die Stadtverordnetenversammlung, der jetzt festgestellte „endgültige“ Kostenausschlag würde doch nicht der „endgültige“ sein? Meint man, die Bürger hätten sich auf „endgültige“ Liebererweisung des Kostenausschlages gefaßt zu machen, wie sie bei den

Arbeitsverträgen arbeiten an der Moritzkirche ausgeht, sind nach dem der Verträgearbeiten an den Streifen 8 bis 9 mit den dortigen Verträgen. Neben der Firma Proffrad übertragen worden waren, stellte sich bald heraus, daß die bewilligte Summe von 19 300 Mark bei weitem nicht ausreichte, die Streifen vollständig neu hergestellt werden mußten. Für den bewilligten Betrag konnten daher nur zwei Streifen und ein Zwischenstück renoviert werden. Der Rest der Arbeiten im ersten Bauabschnitt erfordert noch 22 000 Mark Aufwand. Anschlag erhöhen sich damit die Kosten der Aufhebung, die — zur Ehre des Stadtbauamts ist es gesagt — von der Regierung gefaßt worden sind, noch 50 000 Mark auf 140 000 Mark. Da für in dem Zusammenhang für die Arbeiten an der Moritzkirche 127 000 Mark, befinden, muß die Stadt insgesamt aufziehen 53 300 Mark. Sie will das Geld in Einzahlungsüberschüssen, auf mehrere Jahre verteilt, flüssig machen. Die Stadtverordneten erklärten sich einverstanden. Der Vorsitzende, Herr Höp, bemerkte hierauf, man könne die Liebererweisung wohl verzeichnen, wenn das renovierte Gebäude ebenso lange halten würde, wie das im Jahre 1888 errichtete!

Zugeföhrt wurde ferner dem Tarif für die Benutzung der Fleischverkaufshalle. Es sollen erlassen werden:

a) Handelsgehöhen (einschl. Vorflüßgehöhen) für das im folgenden Schlußliste ausgeschrieben: für ein Ams 1.25 Mark, für 1/2 Ams 0.65 Mark, für 1/4 Ams 0.35 Mark, für ein Kalb 0.50 Mark, für 1/2 Kalb 0.25 Mark, für 1/4 Kalb 0.15 Mark, für ein Schaf 0.40 Mark, für 1/2 Schaf 0.21 Mark, für 1/4 Schaf 0.10 Mark, für ein Schwein 0.60 Mark, für 1/2 Schwein 0.30 Mark, für 1/4 Schwein 0.15 Mark, für Fleischteile je 1/2 Pf. 0.30 Mark.

b) Handelsgehöhen (einschl. Vorflüßgehöhen) für das auswärts ausgeführt: für ein Ams 3.25 Mark, für 1/2 Ams 1.65 Mark, für 1/4 Ams 0.85 Mark, für ein Kalb 1.10 Mark, für 1/2 Kalb 0.55 Mark, für 1/4 Kalb 0.30 Mark, für ein Schaf 0.85 Mark, für 1/2 Schaf 0.45 Mark, für 1/4 Schaf 0.25 Mark, für ein Schwein 1.70 Mark, für 1/2 Schwein 0.85 Mark, für 1/4 Schwein 0.45 Mark.

c) Wiegegeld: für jede angefangene 50 Kilogramm 0.05 Mark, mindestens für jede Wägung 0.10 Mark.

d) Salmiete: für das Sägenlassen von Rindern über den Tag der Einbringung hinaus, und zwar für ein ganzes Rind 50 Pf., täglich für ein halbes Rind 25 Pf., täglich für ein Viertel Rind 15 Pf., täglich.

Eine Debatte gab es noch bei dem Punkt Anerkennung der Gewerbesteuer für die Schulen der Lehrkräfte an höheren Schulen. Die Stadtverwaltung, die in der Wälderschule durch die Stadtregierung zu erlangen, mußte sich die Stadt verpflichten, den Oberlehrern und Oberlehrerinnen die gleichen Anstellungsverhältnisse zu sichern, wie sie den Lehrern an den staatlichen Lehranstalten gewährt sind. Wenn der Staat also die Gehaltszüge der bescheidenen Lehrkräfte erhöht, ist auch die Stadt ohne weiteres dazu verpflichtet. In den Berufungsverordnungen der Direktoren und Lehrer an den höheren Lehranstalten aber heißt es: Er soll das ihm nach dem Normalrate betreffend die Befolgung der Leiter und Lehrer der höheren Lehranstalten vom 5. Juni 1909 zu stehende Dienstverhältnis beziehen. Wenn die Direktoren und Lehrer an den staatlichen höheren Schulen eine Gehalts-erhöhung bekommen,bedarf es bekanntlich eines Gemeindec-entschlusses, die die Direktoren und Lehrer unserer höheren Lehranstalten an der Aufzucht zu erlangen. Es soll aber als ausgeschlossen gelten, daß an den höheren Lehranstalten den Direktoren und Lehrern ein niedrigerer Gehalt gewährt wird, als am Normal, Stadt. Höp hatte das Referat. An der Debatte beteiligten sich die Herren Mittelwälder, Böler und Stadtschreiber Frenkel. Der letztere wollte die Bestimmungen interpretieren, hatte dabei aber so wenig Glück, daß Stadtv. Herzog schließlich den Antrag auf Zurückgabe der Vorlage an den Magistrat und klare Fassung der Bestimmungen stellte, durch die späteren Irrtümern vorgebeugt werden könne. Das genehmigungsbereitende Gaus ging aber darauf nicht ein, sondern verabschiedete den Magistratsantrag.

Im Subventionierung der Saale-Dampfschiffahrt war der Schiffbesitzer Demmer eingekommen. Wenn die Stadt nicht einen Beitrag zu den Betriebskosten leisten, so führt der Berichterstatter, Herr Höp, aus, würde das Unternehmen scheitern. Das mußte der Vorstand bedenken und deshalb ersuchte die Übernehmung der Betrieben Demmers an den Magistrat zur Erwerbung. Es solle diesem übernommen sein, die Unternehmung vielmehr durch Lieferung von Wehlen zu gewähren, dafür aber eine Gegenleistung zu fordern durch Freifahrt der Schüler. Stadtv. Höp trat ebenfalls warm für die Subventionierung ein. Das Eingetret der jeweiligen Dampferfahrt nach Neumagden wäre ein Verlust für den Fremdenverkehr. Die Versammlung stimmt dem Vorschlag des Vertriebsausschusses zu. Weniger freudlich fand der Rechts- und Verfassungsausschuss der Eingabe des Hallischen Vereines der Wälderschiffbesitzer genehmigt, die nach der Vorlage sein, das Schiffsamt zur Verfügung gelangte. Sie werden sich gegen die Benutzung der Wälderschiffen im städtischen Betrieb durch Beherrschung der Verordnungen und möglichst, daß die Gebühre von 10 auf 25 Pf. erhöht wird. Die Eingabe mußte aber, wie die Stadt bei der Reifung der Bedenke für das Hallen-schwimmbad für ein Einschiffswimmbad mindestens 40 Pf. für ein Jahresabonnement mindestens 30 Mark, für die Erteilung von Schwimmunterricht mindestens 10 Mark nehmen möchte. Schließlich erwiderte die über-übertragenden Bedenkeaus-schleifer um Nichterführung oder äußerste Beschränkung der billigen Tage oder Stunden. Der Ausschuss beantragte teilweise Übertragung zur Tagesordnung, teilweise Liebererweisung an den Magistrat als Material. Ob der auf die Preisfestsetzungswünsche einzugehen wird, ist sehr fraglich. Wenn der städtischen Verwaltung an der Freigabe des Schwimmabades gelegen ist, dann kann sie an der Erhebung der vorgeschlagenen Wälderschiffahrt gar nicht denken.

Aus der geschlossenen Sitzung.

Der Magistrat hat beschloffen, in die Stelle des Jugend-amtsvorstehers zum 1. April 1914 den Herr Reller in Nachfolge, jedoch mit halbjähriger Probezeit, zu berufen.

Die Versammlung stimmte der Herabsetzung der Probezeit um ein halbes Jahr zu. — Als Magistratsreferent wurden beauftragt die Bureauassistenten Franz Webers, Georg Hoffmann, Bernhard Kruge, Bernhard Müller, Carl Schiller, Heinrich Fehrer, ebenso als Lehrer im Hauptamt an der gewerblichen Fortbildungsschule den Ingenieur Heinrich Voigt und den Bauingenieur Friedrich Seidel. Einberufen wurden Magistratsreferent Hermann Galtopp (2907 Mark) und Gürtler (2601 Mark) und der Polster Paul Bergmann (1620 Mark). In erster Sitzung wurde der Anstellung des Polizeiverwaltenden Hermann Franke zum einstimmig. — In den Grund-Verwaltungsangelegenheiten wurde Herr Weichle, als weiterer stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsausschusses Herr Oberlehrer Wecher (Bureau 9) gewählt. — Zu Besitzern der Deposition zur Verwaltung des städtischen Arbeitsamtes wurde der Stadtvater Direktor Hoffmann als „Arbeitsgeber“ und der Lohnbediener Carl Garb, Cansteinstraße 10, gewählt.

Der Lehrerverein gegen die Bureautisierung der Schule.

Das moderne und Modernum steht mit Entzügen dem Einfluß der untern zweidimensionalen Wälderschiff und des sozialen Gedankens auf das preussische Schulwesen. Sein Wunsch nach Verstärkung der landwirtschaftlich-unterschiedlichen Gewalt über die Schule hat bereits Niederschlag gefunden in einer Novelle zum Landes-verwaltungs-gesetz, die nicht mehr und nicht weniger enthält, als die fast unbekannteste persönliche Arbeit des Regierungsvorstandes und der ihm nachgeborenen Verwaltungsorgane über das Erziehungs-wesen.

Die in dieser Abicht ruhende große Gefahr hat die Lehrerschaft erstensweitgehendig erkannt und ihr zum Vortritt Veranlassung gegeben. In der Versammlung des Hallischen Lehrervereines wurde die Novelle und ihre Abicht vom stellvertretenden Vorsitzenden des Vereines, Herrn Scherbi, eingehend kritisch unterzogen. Das Gesetz und die Verantwortlichkeit der Bureautisierung über die Schule wurde als für die Schule gefährlich abgelehnt. Gefordert wurde im Interesse einer einheitlichen nationalen Volksschule und einer möglichst vollkommenen Entfaltung aller Kräfte, daß die einzelnen Bildungsanstalten in eine innigere Beziehung zueinander treten und Übergänge von der einen zur anderen vorgezogen werden, und weiter, daß die Vorkurs-, mittleren und höheren Schulen in allen Anzügen einer einheitlichen Schulverwaltungsbehörde unterstellt werden.

Die weiteren Verhandlungen des Lehrervereines betrafen die Abänderungen des Vereinsstatutes Mittelwälder Böler, der bekanntlich vor kurzem in seiner Eigenschaft als Stadtvaterordneter sich gegen die Beilegung der untern Mittelwälderschiffen ausgesprochen hatte. An lebhafter Ausprägung kam zum Ausdruck, daß der Hallische Lehrerverein nach wie vor die alle gemeine Volksschule als Unterbau für alle weiteren führenden Bildungsanstalten erachtet. Die Versammlung nahm mit Genehmigung davon Kenntnis, daß Stadtvaterordneter Mittelwälder Böler sich grundständig zu derlei Fortsetzung bekennt; Meinungsverschiedenheiten bestehen lediglich darüber, ob bereits jetzt der geeignete Zeitpunkt zur Einführung der allgemeinen Volksschule in Halle gekommen ist.

Es ist erwidert, daß Herr Böler seinen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Standpunkt verweigere und sich zur allgemeinen Volksschule bekennt hat. Es konnte diesem wichtigsten aller Erziehungsprobleme nicht zu Förderung dienen, wenn schließlich selbst die Kräfte des Lehrerstandes in den öffentlichen Verwaltungswesen und den Gewerben, den Interessenten an der Schule und Klassenhöfen, Wasser an die Mühlen gestriert würde.

Nachspiel zum Krankeustrassen- und Arztstreit von 1910.

Der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts beschloß sich schließlich in seiner Sitzung vom November einmütig Tag und Ort für die Verhandlung mit dem Beszessen der Betriebs- und Ortskrankeustrassen, sowie des Krankeustrassenverbandes von Halle (S.) gegen den Hallischen Magistrat wegen der zwangsweisen Übernahme der Krankenverwaltung im Punkte der Verfügung mit Ärzten, die 1910 im Anschluß an den Hallischen Arztstreit erfolgte.

Wie bekannt, hatte der damalige Streit der Herren vom Hallischen Arztverein zur Folge, daß der Hallische Krankeustrassenverband sich redlich bemühte, durch Veranlassung anderer Ärzte Ersatz zu schaffen. Es gelang ihm auch; im November 1910 hatte der Verband für die ihm angehörenden acht Ortskrankeustrassen und für die ihm hinsichtlich ärztlicher Versorgung ebenfalls angegeschlossen acht Betriebskrankeustrassen 13 Ärzte zur Verfügung. Er hätte noch mehr gehabt, wenn ihm nicht einige abgetrieben worden wären.

Der Magistrat ließ sich damals herbei, als Aufsichtsbehörde zumunten der Kräfte einzutreten. Er berief sich u. a. auf ein Gutachten der Gesundheitskommission, das dahin ging, daß nach den Verhältnissen der Stadt Halle (S.) eine ausreichende ärztliche Versorgung der dem Krankeustrassenverbande in Halle angehörenden Krankeustrassen mit etwa 300 000 Köpfen nur dann gegeben sei, wenn auf je 1500 ihrer Mitglieder und deren furchtbaren Angehörigen mindestens ein in jeder Beziehung leistungsfähiger praktischer Arzt, Spezialisten unverschieden, zur Verfügung lände.

Der Magistrat erteilte an die Vorstände der erwähnten acht Ortskrankeustrassen und acht Betriebskrankeustrassen die Aufforderung, bis zum 25. November den Nachweis zu erbringen, daß der Halle für je 1500 Mitglieder und deren furchtbaren Angehörigen ein leistungsfähiger Arzt zur Verfügung stünde. Sollte der Vorstand das bis zum 25. November nicht nachweisen, so würde der Magistrat gemäß § 45 Abs. 5 des Krankenversicherungs-gesetzes die Befugnisse und Obliegenheiten der Kräfteorgane selbst auf Kosten der Kräfte wahrnehmen. Die hiermit angeordnete Zwangsverwaltung wurde durch eine weitere Verfügung des Magistrats zur Wirklichkeit; der Magistrat ließ sich auch mit dem damaligen Hallischen Arztverein einen Vertrag, der die Kräfte fast belohnte.

Auch dem Vorstande des Hallischen Krankeustrassenverbandes, eines Verbandes gemäß § 46 des Gesetzes, wurde die Verfügung mitgeteilt, indem ihm aufgegeben wurde, seine Aufgabe der ärztlichen Versorgung der fraglichen Kräfte einzufüllen, weil der Magistrat diese Versorgung der Kräftemitglieder an Stelle der Kräfteorgane übernommen habe.

Die Kräfte und der Verband konnten auf Aufhebung der Verfügungen des Magistrats und auf Ungültigkeit des vom Magistrat mit dem Hallischen Arztverein abgeschlossenen Vertrages im Verwaltungsstreitverfahren. Hinsichtlich der Ortskrankeustrassen erkannte der Verwaltungsgerichtshof auf Aufhebung der Verfügung vom 25. November 1910, betreffend Übernahme der ärztlichen Versorgung durch den Magistrat, aber nicht aus materiellen Gründen. Er nahm vielmehr an, daß der Magistrat eine Verpflichtung der Vorstände der dem Kräfteverbande gehörenden Ortskräften zur ärztlichen Versorgung nach § 45 Abs. 5

Thüringer Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Merseburg, Kleine Rittergasse 1 :: Bitterfeld, Hallschestraße 17, 1910
Eilenburg, Leipzigerstraße 25 :: Torgau, Bäckerstraße 16.

... nicht hätte übernehmen können, weil den Vorständen der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

... die Beschlüsse der ...

Advertisement for 'Rheinpfeil' (Rhin Arrow) featuring an illustration of a woman and a child, with text describing the product and manufacturer Jurgens & Prinzen.

Advertisement for 'Katalog' (Catalog) featuring an illustration of a quill pen and text describing the products and contact information for Ernst Lange.

Advertisement for 'Persil' (Persil) featuring an illustration of a woman and text describing the product as a self-acting washing agent.

Jonass & Co.
 BERLIN SW. 309
 Telefon
 Telex
 gratis franko

Ammdorff Radewell
 Saalkreis.
 Richard Gladig
 Ammdorff-Radewell
 Farben, Pinsel, Lacke
 Cigarren, Cigaretten

Sanitäts-Drogerie
 Richard Gladig
 Ammdorff-Radewell
 Farben, Pinsel, Lacke
 Cigarren, Cigaretten

Ernst Adam
 Mechaniker
 Fabrikator von Nähmaschinen
 Eisenwaren

Ammdorff Molkerer
 Milch, Butter, Käse

Richard Grawl
 Höker und Konditor
 mit elektrischem Betrieb

M. Göbel
 Choke moderne Damen-
 und Kinderhüte billig

August Herold
 Bäder u. Konditor
 mit elektrischem Betrieb

Rich Stein
 Herrsch. u. Konfak.
 Kaffeehaus, Brauerei

Thronicker & Lipfert
 Cigarrenfabrik
 Hallestr. 22, Schöneberg, 12

Rob. Becker
 Kolonialw. und
 Spirituosen

O. E. Blank, Kaufhaus
 Kolonialwaren, Uhren u. Goldw.

Otto Ehrhardt
 Kolonialwaren, Uhren u. Goldw.

Y. Engelmann
 Oberst. Restaur.
 Materialwaren

A. Hermann, Uhren u. Goldw.

P. Mathes
 Kolonialw. Restaur.
 Materialwaren

Fr. Richter
 Kolonialw. Restaur.
 Materialwaren

K. Nohrborn, Friseur
 Friseur

R. H. Rosche
 Friseur

O. Schumann
 Friseur

W. Th. Taube Jr.
 Friseur

Ferd. Trosch
 Friseur

R. Th. Th. Th. Th.
 Friseur

R. Vogler
 Friseur

Beesen
 Roggenbrot

Bruno Richter
 Roggenbrot

Döllnitz
 Obst

Hanisch & Neumann
 Obst

Oscar Gröber
 Obst

Könnern
 Obst

Bennstedt
 Albert Schanze, Fleischerei

Eisleben
 Aktien-Biere
 und
 Qualitätsbiere
 allerorten Ranges

Heitstedt
 S. Rosenberg

Oberroblingen

Teutschenthal
 N. Richter

Bitterfeld
 J. Leschziner

Heinr. Arnold

Irene-Fahrräder

Kaufhaus

Rich. Werner

Palast-Theater

Lichtspiele

August Trautzsch

Brauerei Bitterfeld

Färber A. Fax

Eugen Gräfe, Wurstfabrik

Ker- und Badeanstalt

Kaffee-Rösterei

Herm. Kühle, Fernsp. 100

Alb. Mahler

Photograph. Atelier

R. Richter

E. Strenger

Ziesche's Kino Markt 7

Fortuna

Buchdruckerei

H. Ehrliche

Prantischer Wegweiser
 empfehlenswerter Einkaufsquellen
 Halle a. S. - Land

Bitterfeld
 Otto Henze
 Aug. Irryann

A. Meyer

S. Rosenberg

S. Rosenberg

Struszewski

Otto Schludt

Struszewski

Paul Wille

Julius Bürger

W. A. Wacker

Carl Bergmann

Oskar Reime

Carl Bergmann

O. Bayer

R. Biedrich

O. Fleischer

O. Haedecke

Hugo Hofmann

W. Kampf

Reinh. Klinge

Marien-Drogerie Th. Spielger

Mietzsch

Otto Hasz

M. Nieseler

W. Rehn, Brotbäckerei

Ernst Boeder

Albin Fickenwirth

Max Walther

O. Hermann

Fortuna

Friedersdorf
 Aug. Rieckel
 Ernst Vohse
 Tugoköckerl

Greppin

Holzweißig

A. Angelort

O. Langenberg

A. Simon

P. Thiele

Landsberg

Bernh. Görcke

Julius Bürger

K. Meinhof

Niemegk

Verandgeschäft von Fleisch u. Wurstar.

Alberth Kauer

Otto Vetter

W. A. Wacker

Karl Winter

Pouch

P. Albrecht

Prz. Pritzsche

Roitzsch

Paul Schaaf

Brehna

K. Büttner

Sandersdorf

Sangerhausen

Herm. Bader

Elise Weißbach

Ottomar Necker

M. W. Werner

Wittenberg-Schweinitz
 Ederleben
 Arthur Ulrich

Wittenberg

Friedr. Böttger

A. Strensch Nchl.

W. H. Eseser

Ldw. Fülle

Lichtspiel-Theater

Schlöß-Drogerie

Zahn-Atelier

Reform-Nahrungsmittel-Gesell.

J. Reinicke Nachf.

P. Schmiedchen

W. Neumann

W. Hagen

Fr. B. Weill

Gebr. Horn

P. Winter

Kemberg

Kl. Wittenberg

Ernst Hildmann

H. Kämper Jr.

Th. Wittenberg

Otto Diabla

Gust. Hildebrandt

Martin Kaspar

Zahna

H. Hartmann

K. Karock

Carl Koch

Friedr. Rauschel

Annaburg
 Erste Annaburger Wäscherol
 u. Plättler - Albert Drosdatt
 W. Vredend

Adolf Bässler

Hermann Galle

Os. Hoffmann

Robert Junge

Edison-Lichtspielhaus

Bruno Jentsch

Carl Ziksch

Louis Zimmermann

J. Fischer

Emil Krug

Louis Löbe

Bruno Münch

W. Tamm

W. H. Hestelager

Grünwalde

M. Hängel

Mückenberu

Richard Grindel

K. Handberg

Fr. A. Weill

U. Schommer

P. Pelschke

Torgau

Herm. Leibnitz

S. H. H. H.

Max Günther

Emil Dähne

Curt Hirschfeld

Fr. Kiepsch

Max Fischer

Mühlberg a. E.
 Reinhold Förber, Zahnklinik
 Paul Masdorf, Schuhwaren
 Otto Schade, Uhrmacher
 Aug. Welke, Schuhwaren

Merseburg
 Wäsche, Weiß- und
 Wolle

Carl Eberhard

Ernst Baumann

Bürgerliches Brauhaus

Theodor Freytag

Hugo Jan

Karl Kellermann

Hermann Kundt

Paul Nitz

Roland-Restaurant

Gebrüder Scheibe

Max Schneider

Wilh. Schüller

Max Heintze

A. Hoffmann

W. Juckoff

Karl Köppe

Alb. Köhn

Karl Löbe

Mühlenerzeugnisse

Z. & B. Bemme

Müchem

Paul Sauer

Otto Vogelsang

M. Bergmann

John Graf

Max Fischer

Max Fischer

Max Fischer

Schafstätt

